

12.3.2004

Erika Coché, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion,  
Angelika Esch, Kandidatin für den Rat der Stadt Bonn,  
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessent/inn/en für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

---

## Inhalt

1. **Veranstaltungen anlässlich des internationalen Frauentages in der Region**
2. **Internationaler Frauentag**
3. **Gendern - wie geht das?**
4. **Reaktion auf die Leserinnenbriefe zum Thema „Offene Ganztagsgrundschule“**
5. **Frauen brauchen andere Medizin**
6. **Erwerbstätigkeit von Frauen nimmt weiter zu**
7. **Frühe Förderung und gute Kinderbetreuung sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Landes**
8. **Internetnutzung bei Kindern steigt weiter an - Mädchen auf der Überholspur**
9. **Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann, 2004**
10. **Hinweise**

---

### 1. **Veranstaltung anlässlich des internationalen Frauentages in der Region**

Aus Anlass des Internationalen Frauentages fanden in Bonn und der Region zahlreiche Veranstaltungen statt. Wir möchten hier von zwei berichten.

Traditionell lud OB Bärbel Dieckmann Frauen zum Internationalen Frauentag ins Alte Rathaus ein. Etwa 500 Frauen folgten Ihrer Einladung. Bärbel Dieckmann dankte den Frauen im Namen der Stadt für ihre Leistungen beim Strukturwandel: „Ohne Ihre Kreativität und Ihr Engagement wären wir nicht da, wo wir heute sind.“ Sie wies auch auf die Verbesserung der Situation im Bereich **„Vereinbarkeit von Familie und Beruf“** hin. Mit der Einführung der „Offenen Ganztagsgrundschule“ wurde ein wichtiger Schritt getan.

Im Anschluss an die Ansprache der Oberbürgermeisterin, lauschten die Frauen amüsiert der Kabarettistin Anka Zink, die den Frauen eine humoristische Einschätzung über die Lage der Frauen gab.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Niederkassel, Erika Coché, hatte wieder zu einer besonderen Veranstaltung eingeladen. Die Autorin Serap Cileli las aus ihrem Buch „SERAP - Wir sind Eure Töchter, nicht Eure Ehre!“ Weit über 50 Zuhörerinnen erlebten gemeinsam mit einigen Zuhörern in der städtischen Bücherei Niederkassel einen überaus spannenden und bewegenden Abend. Denn die Autorin erzählte nicht nur ihre Geschichte als türkische Frau, die mit der Tradition ihres Heimatlandes brach, um Anspruch auf ein gleichberechtigtes Leben zu erheben. Sie informierte die Anwesenden auch über ihre ehrenamtliche Tätigkeit bei Terre des Femmes, Deutschland, wo sie mit viel Einsatz das immer noch verbreitete Unrecht der Zwangsehe bekämpft. Ihr tagebuchartiges Werk soll entrechteten Frauen Mut machen. Frau Cileli berichtete ebenso über die sogenannten Ehrenmorde an türkischen Mädchen und jungen Frauen, die immer noch - auch in Deutschland - verübt

werden. Sie bezog auch eindeutig Stellung zur Diskussion um die "Kopftuch-Frage". "Wir leben in einer liberalen Welt. Nur wer offen ist, kann auch sein Gesicht zeigen." Das Kopftuch sei keine religiöse Pflicht, sondern ein Zeichen des sich verbreitenden Fundamentalismus und eine klare Absage an die westliche Gesellschaft. "Damit hat es", so zitierte Frau Cileli die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer, "seine Unschuld verloren." Für Frau Cileli ist das Kopftuch in erster Linie ein Symbol für die Ungleichheit von Mann und Frau. Sie hält daher ein Verbot im Schuldienst ein Kopftuch zu tragen für gerechtfertigt. Ein sehr informativer Abend, befanden die Anwesenden, die noch lange mit der Autorin intensiv diskutierten.

## 2. Internationaler Frauentag

Bundesministerin Renate Schmidt zum Frauentag: „**2004 wird das Jahr der Frauen**“

"Das Jahr 2004 wird das Jahr der Frauen werden - für Frauen in Deutschland und Europa". Die Bundesregierung bereitet die Umsetzung der drei EU-Gleichbehandlungsrichtlinien vor, die im Jahr 2005 in Kraft treten. Damit werden wir bei Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts in der Praxis einen enormen Schritt weiterkommen - im arbeits-, sozial- und zivilrechtlichen Bereich. Chancengerechtigkeit von Frauen zu erreichen, ist unser grundsätzliches Ziel. Deshalb prüfen wir z.B., wie einheitliche Tarife für Männer und Frauen bei der so genannten Riester-Rente erreicht werden können. **(Unisex-Tarife)** Es ist ein besonderes Anliegen der Bundesregierung, auch die Integrationschancen von Frauen mit Familienpflichten in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Die beiden Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt enthalten ein Bündel von Maßnahmen, die insbesondere Frauen mit Familienpflichten zugute kommen. Darüber hinaus werden wir in diesem Jahr die Infrastruktur-Angebote für Familien gesetzlich neu formulieren - durch den Ausbau von Kinderbetreuung speziell für die unter 3-Jährigen. Für Schulkinder greift bereits das Ganztagschulprogramm der Bundesregierung, mit dem auch die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie – in erster Linie ein Anliegen von Frauen** - verbessert werden kann.

Eine große Chance für Frauen in Deutschland ist die Kandidatur der Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Prof. Dr. Gesine Schwan für die Bundespräsidentschaft. Gesine Schwan ist eine hochkompetente europäische Persönlichkeit; ihre Wahl zur Bundespräsidentin könnte ein gleichstellungspolitisches Signal über die Grenzen Deutschlands hinaus bedeuten. Ein gutes Stück vorangekommen sind wir in puncto Chancengleichheit durch die Verankerung von Gender Mainstreaming, dem Leitprinzip im Handeln der Bundesregierung für mehr Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern. Seit dem Jahr 2000 werden bei allen politischen, gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen der Bundesregierung die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern von vornherein berücksichtigt."

## 3. Gendern - wie geht das?

Die sechs Bundesministerinnen präsentierten am diesjährigen Internationalen Frauentag, dem 8. März 2004, die Erfolge bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming, dem Leitprinzip im Handeln der Bundesregierung für mehr Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Die Ressortchefinnen Renate Schmidt, Edelgard Bulmahn, Renate Künast, Ulla Schmidt, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Brigitte Zypries informierten bei einem Pressefrühstück über konkrete Projekte in ihrer Zuständigkeit und wiesen auf die neu gestaltete Internetseite

[www.gender-mainstreaming.net](http://www.gender-mainstreaming.net) hin.

Der Alltag und die Lebensrealität von Männern und Frauen unterscheiden sich in weiten Bereichen. Ob z.B. bei der Kinderbetreuung, im beruflichen Bereich, bei der Verkehrsnutzung oder in der Altenpflege - Männer und Frauen sind von politischen, gesetzgeberischen oder administrativen Maßnahmen stets unterschiedlich betroffen. Hier setzt Gender Mainstreaming an. Seit dem Jahr 2000 müssen, gemäß der Geschäftsordnung der Bundesministerien, bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig berücksichtigt werden. Die Bundesregierung folgt damit den Vorgaben des Amsterdamer Vertrages der Europäischen Union. Ziel

ist es, für Frauen und Männer gleiche Lebenschancen zu erreichen. Seit Mai 2000 steuert die Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming - unter koordinierender Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Bundesverwaltung. Alle Bundesministerien haben bis Ende 2003 Pilotprojekte und Schulungen abgeschlossen, nun geht es um die Überführung von Gender Mainstreaming in die Regelpraxis.

Gender Mainstreaming ergänzt das Instrumentarium der klassischen Frauenförderung: Ist die klassische Frauenpolitik darauf gerichtet, Diskriminierungen von Frauen zu beseitigen, zielt Gender Mainstreaming umfassender darauf ab, alle Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen zu prüfen und sie entsprechend anzugleichen. Gender Mainstreaming ist nicht auf staatliche oder kommunale Verwaltungen beschränkt, sondern ist auch für die Privatwirtschaft zum "Managing Diversity" - für eine Vielfalt von Belegschaft und Kundschaft - interessant.

Die neu gestaltete Internetseite bietet ab sofort ein online verfügbares Nachschlagewerk "Wissensnetz - Gender Mainstreaming für die Bundesverwaltung", das die praktische Umsetzung begleitet. Aktuelle Meldungen, ein Gender-Quiz, ein abonnierbarer Newsletter und Informationen zu Gender Mainstreaming aus der Bundes-, Länder-, Kommunal- und Internationaler Ebene ergänzen die Informationen.

Beispiele aus der öffentlichen Verwaltung verdeutlichen, was eine geschlechtersensible Sichtweise für die Verwaltungsarbeit bedeuten kann: - Im Verkehrsbereich zeigt ein geschlechtersensibler Blick auf die Unfallstatistik, dass junge Männer unter 30 Jahren als Autofahrer den riskantesten Fahrstil haben. Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit sollten sich unter Beachtung dieses Gender-Aspektes speziell an junge Männer und den Umgang mit männlicher Risikobereitschaft richten. - In der Politik für ältere Menschen ist relevant, dass ältere Männer im häuslichen Bereich unselbstständiger sind als Frauen und sich nach dem Tod der Partnerin kaum selbst versorgen können. Während sie daher häufig auf Pflegeheimplätze angewiesen sind, bedürfen Frauen hingegen besserer ambulanter Unterstützung. - Im Bereich der Wirtschaft zeigt eine geschlechterdifferenzierende Analyse z.B. der Kreditvergabe durch Banken, dass Frauen, die sich selbstständig machen wollen, seltener Kredite erhalten als Männer. Die Aufgabe ist hier, die Kriterien der Kreditvergabe stärker an den unternehmerischen Zielen von Frauen auszurichten. Beispiele aus anderen Bereichen finden sich auf der Internetseite

[www.genderkompetenz.info](http://www.genderkompetenz.info)

des Gender Kompetenz Zentrums, das den Umsetzungsprozess durch die Bundesregierung gefördert begleitet.

#### **Links:**

Weitere Informationen zu Gender Mainstreaming

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/Gleichstellung/gender-mainstreaming.did=12266.html>

<http://www.gender-mainstreaming.net>

<http://www.genderkompetenz.info>

#### **4. Reaktion auf die Leserinnenbriefe zur „Offenen Ganztagsgrundschule“**

In unserem letzten Newsletter hatten wir über einen Bericht in der Frauenzeitschrift „Brigitte“ berichtet und einen Leserinnenbrief von Janne Kerner veröffentlicht. Hier nun die Antwort der zuständigen Redakteurin auf diesen Brief und einen weiteren von Barbara König (Kandidatin für den Stadtrat).

Sehr geehrte Frau Kerner,

danke für Ihren Leserbrief. Wir sind - das ist schon in Ordnung - unterschiedlicher Meinung, aber deshalb strotzt der Kommentar nicht gleich vor Fehlern. Es stimmt, dass Ganztagsplätze besser sind als gar nichts. Aber ich bin nicht zufrieden mit der Sparlösung, die sie hier in NRW fahren. Ich werde mir aber - ich bin nämlich durchaus an Fakten interessiert - im März offene Ganztagschulen in Bonn anschauen, die Oberbürgermeisterin hat sich schon bei mir gemeldet. Ich habe übrigens mehrere Diskussionsveranstaltungen zum The-

ma besucht und hatte keineswegs das Gefühl, dass "sich die Hortbefürworter durchgesetzt haben". Ehrlich gesagt, bin ich gar nicht dogmatisch (und gehöre auch keiner "Fraktion" an) ; ich möchte, dass Kinder gut und qualifiziert betreut werden am Nachmittag.  
Beste Grüße,  
Ihre Ursula Ott

Sehr geehrte Frau Ott,

auch wenn Sie keiner "Fraktion" angehören, klingt es doch so, auch in Ihrer Antwort auf meinen Leserinnenbrief. Sie unterstellen ein weiteres Mal, dass die Betreuung am Nachmittag weder gut noch qualifiziert ist, das lässt doch, ohne etwas zu unterstellen, nur den einen Schluss zu, dass Sie eben doch einer "Fraktion" angehören. Erfreulich ist, dass Sie die Einladung unserer Oberbürgermeisterin annehmen und sich gründlich informieren lassen, ich wünsche Ihnen dabei viel Vergnügen und hoffe, dass Sie Ihre Einstellung gegenüber der Offenen Ganztagsgrundschule revidieren. Eine Frage brennt mir allerdings noch in den Fingern: Haben Sie einen praktikablen Vorschlag, wie die Betreuung ausgebaut werden kann, ohne, dass die Kosten explodieren?  
Mit freundlichen Grüßen  
Janne Kerner

Sehr geehrte Frau König,

danke für Ihren Brief. Ich habe der Regierung nicht vorgeworfen, dass sie an Hamburger Verhältnissen schuld ist. Sondern dass sie Dinge im Wahlkampf verspricht, die sie nicht halten kann - während draußen im Land die Verhältnisse immer katastrophaler werden. Und: Es stimmt, dass Ganztagsplätze besser sind als gar nichts. Aber ich bin nicht zufrieden mit der Sparlösung, die sie hier in NRW fahren. Ich werde mir aber - ich bin nämlich durchaus an Fakten interessiert - im März offene Ganztagschulen in Bonn anschauen, die Oberbürgermeisterin hat sich schon bei mir gemeldet. Ehrlich gesagt, bin ich gar nicht dogmatisch (und gehöre auch keiner "Fraktion" an) ; ich möchte, dass Kinder gut und qualifiziert betreut werden am Nachmittag. Ach ja, und keine Angst: nur weil ich rotgrün grade nicht wählen würde, heißt es auch nicht, dass ich die Schwarzen prima finde. Wie Sie sicher meinen Kommentaren entnehmen, kriegen die von mir sehr viel mehr Schelte...  
Beste Grüße,  
Ihre Ursula Ott

## 5. Frauen brauchen andere Medizin

Die "Bundeskoordination Frauengesundheit" (BKF) hat eine Informationsbroschüre "Frauen – Leben - Gesundheit" herausgegeben, welche an den Frauengesundheitsbericht von 2001 anknüpft. In dieser Broschüre werden die Ergebnisse des Berichts für einen breiten Kreis von interessierten Frauen und Männern aufgearbeitet und transparenter gemacht. Sie enthält außerdem weitere aktuelle Informationen zum Thema Frauengesundheit

"Die Ergebnisse des ersten Frauengesundheitsberichts haben gezeigt, dass Frauen und Männer auch in Bezug auf ihre Gesundheit unterschiedlich sind", erklärt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Renate Schmidt**, anlässlich der Veröffentlichung. "Diese Unterschiede müssen wir erkennen und eine Sichtweise entwickeln, die die spezifischen Probleme der Geschlechter berücksichtigt. Hier besteht noch ein erheblicher Handlungsbedarf."

Die Broschüre enthält aktuelle Informationen zum Thema Frauengesundheit, die sich auf eine Bandbreite von Themen erstrecken. Sie reicht von Herz-Kreislauf-Erkrankungen über Kinderlosigkeit bis hin zu Brustkrebs oder Hormontherapien.

Im Mai 2001 hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den ersten "**Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland**" herausgegeben. Dessen wissenschaftliche Ergebnisse haben die Notwendigkeit einer geschlechter-spezifischen Sichtweise im Gesundheitsbereich deutlich gemacht.

Die Broschüre kann bei der Bundeskoordination Frauengesundheit, Knochenhauerstraße 20-25, 28195 Bremen bestellt werden, sie ist auch in der Schriftenreihe des Bundesministeriums erschienen und über die Broschürenstelle (Tel.: 0180 5329329) erhältlich.

**Links:**

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/gleichstellung.did=16432.html>

Bundeskoordination Frauengesundheit  
<http://www.bkfrauengesundheit.de>

## **6. Erwerbstätigkeit von Frauen nimmt weiter zu**

das Statistische Bundesamt teilte mit, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen im vierten Quartal 2003 weiter zugenommen hat. Nach vorläufigen Berechnungen waren im Durchschnitt des vierten Quartals des Jahres 2003 von den rund 38,6 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland 18,1 Millionen bzw. 46,9% Frauen. Verglichen mit dem vierten Quartal des Vorjahres (2002) erhöhte sich der Frauenanteil an der Gesamterwerbstätigkeit um 0,4 Prozentpunkte, verglichen mit dem Frauenanteil vor 5 Jahren (4.Quartal 1998) sogar um 1,9 Prozentpunkte. Dominiert wird die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland durch Beschäftigungen in den Dienstleistungsbereichen, in denen im vierten Quartal 2003 rund 83,4% der erwerbstätigen Frauen arbeiteten. Geringere Bedeutung hatte die Erwerbstätigkeit von Frauen im Produzierenden Gewerbe mit einem Anteil von knapp 14,8% an allen erwerbstätigen Frauen und in der Land- und Forstwirtschaft mit nur 1,8%. Diese Relationen der Frauenerwerbstätigkeit innerhalb der Wirtschaftssektoren entsprechen in etwa dem Durchschnitt der Europäischen Union (EU), wobei in den einzelnen Mitgliedstaaten allerdings Unterschiede erkennbar sind.

Der Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Erwerbstätigen ist in Deutschland im internationalen Vergleich recht hoch und wurde im Jahr 2002 nur von den skandinavischen Ländern, wie Schweden mit 48,0%, und den USA mit 46,6% übertroffen (Deutschland 2002: 46,5%). Die hier dargestellten Erwerbstätigenzahlen für die Gesamtwirtschaft sind gegenüber der Veröffentlichung von Eckdaten vom 17. Februar 2004 unverändert. Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Erwerbstätigkeit können im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes direkt abgerufen werden.

[http://www.destatis.de/themen/d/thm\\_erwerbs.htm](http://www.destatis.de/themen/d/thm_erwerbs.htm)

Methodische Kurzbeschreibung:  
[www.destatis.de/presse/deutsch/abisz/erwerbstaetige.htm](http://www.destatis.de/presse/deutsch/abisz/erwerbstaetige.htm)

## **7. Frühe Förderung und gute Kinderbetreuung sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Landes**

„Wenn unsere Gesellschaft zukunftsfähig bleiben soll, müssen wir stärker in die frühe Förderung unserer Kinder investieren. Der qualitätsorientierte Ausbau der Kinderbetreuung ist ein wesentlicher Bestandteil der gesellschaftlichen Innovation in Deutschland.“ erklärten Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), auf einer gemeinsamen Pressekonferenz.

„In anderen europäischen Ländern wird die Kinderbetreuung längst als Bestandteil des lebenslangen Lernens angesehen“, erklärte Renate Schmidt. „Die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft wurzelt in der Bildung, die wir unseren Kindern zukommen lassen. Jedes Kind hat einen Anspruch auf frühe Förderung, Schulbildung und Ausbildung, denn Bildung ist die

Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb brauchen wir eine Reform des gesamten Bildungsverlaufs - angefangen bei der frühkindlichen Förderung."

„Die Bildungs- und Lebenschancen aller Kinder werden so deutlich verbessert. Das schafft Chancengleichheit im Bildungssystem, unabhängig von der sozialen Herkunft eines Kindes“, erklärt Michael Sommer, Vorsitzender des DGB. „Kinder können von Anfang an individuell besser gefördert werden. Das gilt für alle Kinder, wenn das Angebot qualitativ hochwertig ist. Und das gilt ganz besonders für Kinder mit besonderem Förderbedarf wie hochbegabte Kinder oder Kinder mit Migrationshintergrund. Frühe Förderung ist deshalb eine Investition in die Zukunft. Nur so werden wir wirtschaftlich auch international Schritt halten können. Denn Innovation ist ein komplexer sozialer Prozess. Innovation sind nicht nur technische Neuerungen, Innovation geht nicht ohne Menschen.“

Bundesministerin Renate Schmidt stellte das Regierungsprojekt zum qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung vor, die beginnend ab 2005 schrittweise bis zum Jahr 2010 westeuropäisches Niveau erreichen soll. „Wirtschaft und Gesellschaft profitieren von Angeboten früher Förderung und guter Kinderbetreuung gleichermaßen: Kinder über die bestmögliche Bildung und Ausbildung; die Eltern über eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt; die Unternehmen über eine höhere Produktivität mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; die Gesellschaft über mehr Chancengleichheit. Bildung und Betreuung zu fördern, ist sowohl die Verantwortung des Staates als auch der gesellschaftlichen Kräfte. Deshalb haben wir die **Lokalen Bündnisse für Familie**“ gegründet. An dieser Initiative beteiligt sich auch, auf **Antrag der Bonner SPD-Ratsfraktion**, die Stadt Bonn. Bundesministerin Renate Schmidt erklärte weiter: „Eine Reform, die wesentliche Verbesserungen erbringen soll, muss von wichtigen gesellschaftlichen Gruppen gestützt werden. Deshalb freue ich mich, dass der DGB-Vorsitzende Michael Sommer unsere Familienpolitik tatkräftig unterstützt.“

Zum qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung wird es eine Regelung im Kinder- und Jugendhilfegesetz geben; dabei wird es um Kriterien für das, was an Bedarfsdeckung notwendig ist, und um Qualität gehen. Die entsprechenden Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes sollen noch vor der Sommerpause in den Bundestag eingebracht werden und zum Jahresbeginn 2005 in Kraft treten, so Bundesministerin Renate Schmidt.

Nach der gemeinsamen Auffassung von Renate Schmidt und Michael Sommer müssen vier Richtziele beim Ausbau der qualitätsorientierten frühen Förderung bis zum Jahr 2010 schrittweise erreicht werden:

1. muss über den Ausbau der Qualitätssicherung die pädagogische Qualität in der Kinderbetreuung gesteigert werden (z.B. durch die Entwicklung eines Gütesiegels für Kinderbetreuung).
2. müssen alle Kinder, und besonders diejenigen mit besonderem Betreuungsbedarf, frühzeitig integriert und spezifisch gefördert werden.
3. muss mehr in die Qualifizierung der Fachkräfte investiert werden, um die Ausbildung qualitativ zu verbessern und auf europäisches Niveau anzuheben.
4. müssen darüber hinaus die Einrichtungen eltern- und kinderfreundlicher organisiert werden, in dem neben den Angeboten für Kinder auch Angebote der Elternbildung sowie Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Fachkräfte unter einem Dach miteinander verbunden werden. Ein Vorbild können dabei die Early ExcellenceCentres sein, mit denen in England Kinder aus sozial schwachem Umfeld erfolgreich gefördert werden.

#### **Links:**

Weitere Informationen Kinderbetreuung

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/Familie/kinderbetreuung.did=12166.html>

Lokale Bündnisse für Familie

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie.did=13662.html>

## **8. Internetnutzung bei Kindern steigt weiter an - Mädchen auf der Überholspur**

Computer und Internet sind auch bei Kindern weiter auf dem Vormarsch. So haben bereits 70 Prozent der sechs- bis 13-Jährigen in Deutschland erste Erfahrungen mit dem Computer gesammelt. Und wenn Kinder Computer nutzen, lernen sie dabei immer häufiger auch das Internet kennen. Waren im Jahr 2002 bereits mehr als die Hälfte der Kinder mit Computererfahrung auch schon einmal im Internet (53%), ist dieser Anteil im Jahr 2003 auf 60 Prozent angestiegen. Während bei Jungen mit Computererfahrung der Anteil an Internetnutzern nur um fünf Prozentpunkte angestiegen ist, fiel der Zuwachs bei Mädchen doppelt so stark aus (plus elf Prozentpunkte). Somit zählen erstmals mehr computererfahrene Mädchen (62%) als Jungen (58%) zu denen, die zumindest selten das Internet nutzen. Zieht man den Vorjahresvergleich nach Altersgruppen, so weisen vor allem die 10- bis 11-Jährigen mit Computererfahrung einen überdurchschnittlichen Zuwachs bei der Internetnutzung auf (plus elf Prozentpunkte). Dies ist ein Ergebnis der aktuellen Studie "KIM 2003 - Kinder und Medien" des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest (MpFS), in dem die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK), die Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter Rheinland-Pfalz (LPR) und der Südwestrundfunk (SWR) kooperieren.

## **9. Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann, 2004 (KOM(2004) 115)**

Die Kommission hat den ersten jährlichen Bericht der sich mit den Entwicklungen im Bereich der Gleichstellung und den Orientierungen für die Zukunft befasst angenommen. Der Bericht wird der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2004 übermittelt.

Die nach wie vor unzureichende Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU könnte sich, laut einem neuen Bericht, negativ auf die Erreichung der Lissabonner Ziele auswirken. Geschlechterspezifische Ungleichheiten und Ungleichgewichte in der EU sind zwar kleiner geworden, die Veränderung vollzieht sich jedoch nach wie vor nur langsam. Die Europäische Kommission wird ihren Bericht den Staats- und Regierungschefs bei ihrer Frühjahrstagung am 25. und 26. März vorlegen. Der Bericht zeigt auf, dass es nach wie vor markante geschlechterspezifische Ungleichheiten gibt – vor allem am Arbeitsmarkt. Ein Ignorieren dieser Tatsache könnte die EU daran hindern, ihre am Rat von Lissabon im Jahr 2000 gesteckten Ziele zu erreichen.

Mehr Information :

[KOM\(2004\) 115 \(pdf format\)](#)

## **10. Hinweise**

### **Kennen Sie den newsletter der SPD-Ratsfraktion?**

Falls sie diesen beziehen möchten, hier unsere e-mail-Adresse:

<mailto:spd.ratsfraktion@bonn.de>

**Weitere Newsletter zu den Themen Jugend, Schule, Soziales, Kultur, Verkehr, Umwelt, können Sie unter:**

<mailto:spd.ratsfraktion@bonn.de>

bestellen.